

zweitens, daß die Abgeordneten dem Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik und nicht den Bonner Politikern den Auftrag für ein Konversionsgesetz gegeben haben;

drittens, die Begründung für das Nichtvorliegen war - ich möchte daran erinnern -, daß Herr Stoltenberg bzw. Bonn die Zustimmung dazu verweigerte.

Ich frage mich nicht zum ersten Mal, wozu es eine erstmals freie und demokratische Volkskammer der DDR gibt. Wenn ihre Beschlüsse im Nachhinein auf Richtigkeit geprüft werden, dann haben wir bislang mit der falschen Regierung verhandelt.

Es steht jetzt eines aus: Entweder das Konversionsgesetz kommt auf die Tagesordnung, oder der Beschluß der Volkskammertagung wird zurückgenommen, und das muß mit diesen Abgeordneten in diesem Parlament geschehen!

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Bitte, Herr Staatssekretär!

Marczinek, Staatssekretär im Ministerium für Abrüstung und Verteidigung:

Mein Minister hat mich beauftragt, auf diese Fragen zu antworten.

Auf der Grundlage der gemachten Ausführungen kann ich diese nur bestätigen, nachdem in meinem Bereich unter wesentlicher Federführung im vergangenen halben Jahr sehr intensiv an diesem Konversionsgesetz gearbeitet worden ist. Es ist entsprechend der Planung der Gesetze, die hier beschlossen werden sollten, fertiggestellt worden.

Auf der Grundlage der Festlegungen der Volkskammer vom 6.9. ist der Ministerrat beauftragt worden, das Konversionsgesetz zu bearbeiten. Beide Minister - der Minister für Wirtschaft und der Minister für Abrüstung und Verteidigung - haben am 12.9. im Ministerrat das Gesetz zur Vorlage unterschrieben. Durch Minister Eppelmann und Staatssekretär Krause ist dieses Gesetz von der Tagesordnung des Ministerrates heruntergenommen worden mit der Begründung, daß die Ministerien der Finanzen, für Wirtschaft und für Verteidigung der Bundesrepublik nicht mit der formulierten Gesetzesvorlage einverstanden sind, da diese gegen das Grundgesetz verstoßen und nicht dem westdeutschen Wirtschaftssystem entsprechen würde.

Die Ausführungen soll ich hier so vortragen. Ich bin der Auffassung, daß die Arbeit, die wir in diesem Bereich geleistet haben - und ich glaube, es war eine politische Funktion, die auch dem Ministerium einen entsprechenden Namen gegeben hat -, mit dem Konversionsgesetz einen entsprechenden Abschluß gefunden hätte.

Ich halte es nach wie vor für erforderlich, daß, wenn nicht hier, von einem gesamtdeutschen Parlament dazu eine Entscheidung gefällt werden muß. Diese Forderung stellt die Geschichte, die wird nicht durch Politiker entschieden.

(Beifall bei der SPD)

Diese Fragen werden so oder so, ob vom Ministerium, wie Minister Eppelmann das hier auch vorgeschlagen hat, oder in einer anderen Form, entschieden und dann auch praktisch umgesetzt werden müssen. - Danke schön.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Staatssekretär, da ist eine Anfrage. Bitte Mikrofon 5, Herr Misseiwitz.

Dr. Misseiwitz (SPD):

Herr Staatssekretär! Sind Sie bei Lage der Dinge nicht der Auffassung, daß die Erfüllung Ihres Amtes bzw. des Amtes des

Ministers für Verteidigung und Abrüstung damit an eine vorzeitige Grenze gelangt ist, die man dann hätte auch vorzeitig vielleicht durch Konsequenzen ausfüllen müssen?

Marczinek, Staatssekretär im Ministerium für Abrüstung und Verteidigung:

Ich glaube, daß sowohl durch den zuständigen Ausschuß als auch durch den Bereich, der bei uns im vergangenen halben Jahr aufgebaut worden ist, eine umfangreiche Arbeit geleistet worden ist.

Es gibt in der Welt ja kein Konversionsgesetz. Es ist ja etwas Neues, und demzufolge ist es auch recht kompliziert, daß sich dieses Neue Bahn bricht. Entscheidungen dazu sind längst erforderlich. Sie wissen selbst, wie die Situation der Rüstungsbetriebe in der DDR und auch der Menschen ist, die hier in Zukunft einer Konversion zugeführt werden. Dort wird noch viel Arbeit zu machen sein. Es gibt aber gewisse Grenzen, die auf der Grundlage von Kräfteverhältnissen irgendwie widerspiegelt werden.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Noch eine Anfrage!

Frau Förtsch (PDS):

Ich hätte gern die Frage beantwortet, welchen Festlegungen im Grundgesetz dieses Konversionsgesetz widersprochen hätte.

Marczinek, Staatssekretär im Ministerium für Abrüstung und Verteidigung:

Ich kann die Frage nur so beantworten, wie ich es eben getan habe, daß die beiden Herren, die ich genannt habe, auf der Grundlage dieser Formulierung im Ministerrat diese Vorlage zurückgezogen haben.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Haben Sie noch eine Zusatzfrage?

Frau Förtsch (PDS):

Dürfen wir daraus die Schlußfolgerung ziehen, daß das Staatsziel ist, solche Festlegungen nicht zu realisieren? Unser Ministerium hieß ja immerhin „Ministerium für Abrüstung und Verteidigung“. Ich sehe den Sinn dieses Namens nach diesen Auskünften nicht mehr ein.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Es war keine Anfrage; es war eine Feststellung.

Es gab eine letzte Anfrage von der Abgeordneten Wollenberger.

Frau Wollenberger (Bündnis 90/Grüne):

Ich habe eine allgemeine Anfrage, die Herr Marczinek nicht beantworten kann.

Ich frage mich: Wenn der Sachverhalt so ist, wie er dargelegt hat, daß Herr Krause mitverantwortlich dafür ist, daß das Konversionsgesetz nicht in den Einigungsvertrag kam, warum Herr Krause vorhin, als er im Saal war, nicht dazu Stellung genommen hat. Er hätte die Fragen, die jetzt an Herrn Marczinek gestellt worden sind, sehr viel besser und kompetenter beantworten können. Ich würde auch gern von Herrn Krause eine Antwort